

Deutschland.

Berlin, 26. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den kaiserlichen Hofrath der Königin Elisabeth, Gräfin Editha von Saxe und Fräulein Anna v. Alvensleben, die erste Klasse des Louise-Ordens zweiter Abtheilung mit dem silbernen Krone verleiht.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath Würzner zu Artern, Kreis-Sangerhausen, den Steuer-Inspecteur Gierlich zu Kerpden, Kreis-Vertheilung, den Notizen-Adlerorden vierter Klasse; dem Haupt-Steueramts-Controleur Hackwitz zu Lemgo im Fürstenthum Lippe und dem emeritirten Lehrer Barth zu Frankfurt a. M. den königlichen Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Dem Dr. med. Franz Ellenborn in Wiedenbrück ist Namens des kaiserlichen Reiches das Cequatur als Consul der Republik Costa Rica für die Provinzen erteilt worden.

Wiener Weltausstellung 1873. Nach Beendigung ihrer Arbeiten ist sich die unterzeichnete Commission am 26. d. Mts. auf ihre Geschäfte wieder an die Central-Commission des deutschen Reiches für die Wiener Weltausstellung über.

Indem die unterzeichnete Commission dies zur allgemeinen Kenntniss bringt, erlucht sie alle Theilnehmenden, ihre auf die Ausstellung bezüglichen Einreden, Gesuche oder Beschwerden von jetzt ab an die letztgedachte Behörde zu richten.

Berlin, Behrenstraße 72, zu richten.

Wiener, den 22. Januar 1874. Deutsche Ausstellungs-Commission.

Se. Majestät der König hat den Kaiser-Inspectoren Rißmann zu Kassel, Böhmer zu Aachen und Heimlich zu Marienwerder den Chakal-Orden erster Klasse verliehen.

Auf Allerhöchsten Specialbefehl Se. Majestät des Kaisers sind die Damen erscheinen während dieser Zeit in schwarzen Kleidern, und zwar die ersten acht Tage in weissem Kopfschmuck mit weissen Handschuhen, die letzten acht Tage in buntem Kopfschmuck mit buntem Kopfschmuck.

Die Herren behalten die unter dem 15. December v. J. für die letzten zehn Tage vorgeschriebene Hoftracht auch für die Zeit der Verlängerung derselben bei. Berlin, den 7. Januar 1874.

Der Ober-Ceremonienmeister: Graf Stillfried.

Der bisherige Baumeister Otto Starke zu Straßburg i. Els. ist zum kaiserlichen Landbaumeister ernannt und ihm die technische Hilfsarbeiterstelle bei der kaiserlichen Regierung zu Regensburg verliehen worden. Dem Ingenieur Lippold zu Mainz ist die Genehmigung zur Anfertigung der speziellen Zeichnungen für eine Bahnhofsstation nach dem Niederwalde in der Richtung von Wiesbaden nach Mainz, resp. Wiesbaden erteilt worden.

Dem Theodor Fischer zu Weiden bei Prag ist unter dem 22. Januar 1874 ein Patent auf eine stellbare Auslösung von Steuerungshebeln auf zehn Jahre erteilt worden.

Berlin, 25. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute Vormittag den Besuch Ihrer königlichen Hoheit der kaiserlichen Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin entgegen.

Die Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin hat sich heute bei der kaiserlichen Majestät verabschiedet.

[Se. Majestät der Kaiser und Königin] sind aus Anlaß des Christenfestes mit dem Papste noch Adressen zugegangen: von 211 Bewohnern der Stadt und des Amtes Bergedorf im Gebiete der elbischen und Hansestadt Hamburg, und von 48 Bewohnern der Stadt Bismarck im Großherzogthum Baden.

Berlin, 26. Jan. [Das Befinden des Kaisers.] — Die österreichischen confessionsellen Gesetze. — Der Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungsrath hat heute eine Sitzung abgehalten.

weiss, daß gestern die russische Botschaft den Hochzeitstag gebührend gefeiert habe, brachte jene Gerüchte nicht zum Schweigen. Immer wieder kam man auf die plötzliche und auffallende Abreise des Botschaftssekretärs Mitchell von Petersburg nach London zurück und wollte den Angaben der „Kölnischen Zeitung“ und anderer Blätter, daß Mitchell persönlich sich mißliebig gemacht habe, seinen Glauben beimeessen. Wir können sie indessen nicht nur bestätigen, sondern auch Genaueres darüber angeben. Wie bekannt, hatte die russische Regierung der englischen vor Beginn des Feldzuges gegen China vorzüglich durch den Grafen Schwalow die künftigen Zusicherungen gegeben, daß sie keine Ausdehnung ihres Gebietes erstrebe. Die Eroberung Chinas und die durch den General Kaufmann abgeschlossenen Verträge hatten das Resultat, daß die russische Macht wiederum einen Schritt tiefer in Asien eingebrungen war. Darob große Mißstimmung bei der englischen Regierung und lebhafter Depeschenwechsel zwischen den Kabinetten von London und Petersburg. Nur mit Mühe gelang es der russischen Regierung, die englische von der Nothwendigkeit der gethanen Schritte zu überzeugen und das alte freundschaftliche Verhältnis wieder herzustellen. Nichts desto weniger versuchte Mitchell, in Petersburg durch Schrift und Wort und durch auswärtige Zeitungs-Correspondenzen die russische Regierung wegen ihres angeblichen Wortbruchs bloß zu stellen und eine Verleumdung herbeizuführen. Er wurde beim Bekanntwerden seiner Ansichten und Handlungen am Petersburger Hofe persona ingrata, und die Folge davon war seine Zurückverweisung nach London. (Wie die „Presse“ wissen will, hat der russische Kaiser selbst sich beim englischen Botschafter Lord A. Loftus beschwert.)

Lübben, 26. Januar. [Gewählt] zum Landtags-Abgeordneten Herrl. Geh. Rath v. Mantewitz mit 172 Stimmen gegen Kreisgerichtsrath Loebl mit 124 Stimmen.

Aachen, 22. Jan. [Von den hiesigen Polytechnikern] war vor einiger Zeit nachstehende Adresse an den Kaiser gesandt worden: „Majestät! Die Polytechnische Hochschule, welche die Größe der Zeitkämpfe, und erkennend, welche hohe Bürgerpflichten Sie Majestät erhabene Antwort auf das päpstliche Schreiben vom 7. Aug. v. J. auch für die Zukunft der Wissenschaft und freien Forschung gewährt, beschließt auf ihrer ersten Versammlung im Studienjahre 1873/74, Sie Majestät durch diese Adresse Kunde zu geben von der begeisterten Verehrung, mit der sie emporblickt zu dem Heidenkaiser, der die Fahne der Cultur und freien Fortentwicklung mit so fester Hand durch die Stürme der Zeit führt! Die Studirenden des Rheinisch-Westfäl. Polytechnicums zu Aachen.“ Hierüber geriet das ultramontane Lager Aachens und seine Presse in große Entrüstung. Als Antwort auf die Angriffe jener Presse antwortet jetzt die Polytechnische Hochschule nach einem am 14. Januar gefassten Beschlusse u. A.: „Die am 30. October v. J. abgehaltene, sehr zahlreich besuchte, allgemeine Versammlung der Polytechnischen Hochschule auf ca. 15 Mitglieder des Vereins Carolingia und zweier anderer Herren) einstimmig eine Zustimmung-Adresse an Se. Maj. den Deutschen Kaiser hinsichtlich des Briefwechsels zwischen Kaiser und Papst. Der Ausschuss der Polytechnischen Hochschule hatte kein Recht, eine Namensliste für diese Adresse aufzu-legen, und hat dieselbe — da er die Adresse im Namen der Studirenden des Polytechnicums ohne weitere Namensliste abgabte — nur stricte den Beschlüssen jener Versammlung erüffnet, also vollständig correct gehandelt. Die Polytechnische Hochschule erklärt das Verabreichen gewisser Blätter, welche, besonders in letzter Zeit, Excesse einzelner Polytechniker — die von der Polytechnischen Hochschule eben so abgeurtheilt werden, wie vom Publikum — benutzt haben, um die gesammte Polytechnische Hochschule in den Augen des Publikums herabzusetzen, ein für allemal für eine tendenziöse Gefährdung, gegen welche in einem febrilen Eifer einzutreten, — die Polytechnische Hochschule für unter ihrer Würde hält.“

Erlangen, 26. Januar. [Stichwahl.] Nach offizieller Mittheilung ist bei der heutigen engeren Wahl im 6. Wahlkreise des Regierungsbezirks Erlangen (St. Wendel) der frühere Reichstagsabgeordnete, Commerzienrath Stumm in Neunkirchen (deutsche Reichspartei) mit 11,952 Stimmen gegen den Grafen Droste zu Vischering (Centrum), auf den 10,808 Stimmen fielen, wiedergewählt worden.

Greiz, 25. Januar. [Von der gestern stattgehabten engeren Reichstagswahl] zwischen Dr. Oppenheim (nat.-lib.) und Kamigan (Socialdemokrat) fehlen zwar noch aus 25 Wirthschaften genaue Wahlergebnisse; die Wahl Dr. Oppenheim's scheint aber außer Zweifel. Derselbe erhielt in den übrigen Orten des Wahlkreises 3264 Stimmen, auf Kamigan fielen 2771 Stimmen.

München, 26. Januar. [Der Minister von Kaulle] wird sich, gutem Vernehmen nach, heute von hier nach Berlin begeben, um im Bundesrathe persönlich an der Berathung des Pressegesetzes Theil zu nehmen.

München, 26. Januar. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] stand der Etat für das Ministerium des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten zur Berathung. Der Antrag des Ausschusses, an der posulirten Summe nur 11,000 Gulden in Wegfall zu bringen, wurde schließlich angenommen. Herz hatte die Aufhebung sämmtlicher diplomatischer Stellen für die Vertretung Baierns außerhalb des deutschen Reiches beantragt, Freitag den Antrag gestellt, daß die Gesandtschaft in Wien fortbestehen und das Postulat der Regierung auf die Hälfte herabgesetzt werde. Der Ministerpräsident hob dagegen die Wichtigkeit der Gesandtschaften hauptsächlich in Rücksicht auf die materiellen Interessen der auf Reisen befindlichen Landesangehörigen hervor. Daraus wurden nach lebhafter Debatte die beiden Anträge abgelehnt.

Aus Baden, 22. Jan. [Unsere kirchlichen Ergänzungs-Gesetze] sind, wie vorausgesehen war, mit allen Stimmen gegen die der Clericalen und eines demokratischen Abgeordneten angenommen worden. Sieben Stunden wogte der Kampf, in welchem sich Lender, Bus und Hansjakob gegen die Schlagfertigkeit eines Jolly, Rießer, Blumhilt zu wehren hatten. Die Haltung der Ultramontanen war, wie zu erwarten stand, die einer erbitterten Defensive, in welcher sie einen fortgesetzten Widerstand gegen die Staatsgesetze in Aussicht stellten. Derselbe wird aber nach der entschiedenen Darlegung des Staatsministers sehr erfolglos sein und den freitharen Kräften der kämpfenden Kirche nur Unannehmlichkeiten bereiten, die ihren Muth bald erschöpfen dürften. Beachtenswerth ist die von dem Minister gebrachte Mittheilung, daß zwischen der Regierung und Curie Verhandlungen geschwebt hätten, in welchen diese sich zur Annahme der vorliegenden Gesetze bereit gezeigt habe. Dieselben seien aber in Folge anderweitiger Einflüsse wieder abgebrochen worden. Wenn dem so ist, so kann sich die Curie kaum anders als ablehnend zu den neuen Gesetzen verhalten und der ihr unterstellten Geistlichkeit die Nachachtung derselben, namentlich der Verordnung über die wissenschaftliche Vorbildung, wiederum unterlagen. In diesem Falle aber wird ein sofortiges strafrechtliches Einschreiten gegen beide Theile, den Geistlichen und seinen Oberen, erfolgen, welches im Wiederholungsfall immer schärfer

wird. Sonach bliebe kein Ausweg übrig, als ein den Schein eine Niederlage möglichst vermeidender Rückzug; oder aber, wenn derselbe schon abgeschnitten sein sollte, ein Abwarten aller schlimmen Folgen, welche die Gesetze androhen. Dann aber müßte ein großer Theil der katholischen Geistlichkeit, wie Hansjakob sagt, zum Lande hinausgetrieben werden, welches Wort wir vorläufig nur als eine klingende Phrase betrachten. Jedenfalls stehen wir vor einem neuen Stadium des kirchlichen Conflicts in unserem Land, bei welchem an den Grundsätzen des modernen Staates festzuhalten, die derzeitige Regierung die nöthige Entschlossenheit schon besitzt.

Karlsruhe, 24. Jan. [Von Seiten der freiburger Curie] zeigt sich neuerdings Geneigtheit, eine Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles zu ermöglichen. Das Domecapitel ist jetzt bereit, eine andere Liste von Candidaten vorzulegen. Bekanntlich war dies die bis jetzt vorhandene Schwierigkeit, daß von der Regierung unter den zuerst von dem Domecapitel vorgeschlagenen Candidaten nur Einer als „persona grata“ bezeichnet worden war, und daß sich das Domecapitel darauf hin, auch auf Befehl von Rom, geweigert hatte, eine neue Liste vorzulegen. In Folge des neuerlichen Entgegenkommens beantragt auch die Budget-Commission der Zweiten Kammer den erzbischöflichen Stuhl für 1874 zu bewilligen, für 1873 aber nur bedingt, je nachdem sich die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles weiter gestaltet.

2. März, 24. Januar. [Der Bezirksstag.] — Die Reichstagswahlen. — Das Programm der Unversöhnlichen. Wenn man die Verhandlungen unseres Bezirkstages liest und erfährt, in welcher leistungsfähiger Weise sich hier die Verwaltung des Bezirks auf der einen Seite und die Vertretung auf der anderen entgegenkommen, so könnte man fast vergessen, daß das Zustandekommen eben dieses Bezirkstages so lange Kämpfe und Mühen gekostet hat. Die Deputirten haben vielleicht schon eingesehen, daß sie von den ihnen gewährten Rechten einen freieren Gebrauch machen können, als in französischer Zeit. Daß sie nicht bloß die ihnen von der Regierung übergebenen Vorlagen zu berathen haben, sondern auch aus eigener Initiative mit Wünschen und Verbesserungsvorschlägen hervortreten dürfen, haben die bisherigen Sitzungen hinreichend erwiesen. So wurde gelegentlich der Berathung des Budgets von einem Mitgliede der Finanzcommission ausgemacht, daß die Dominiatsforsten in Berücksichtigung ihres Ertrages mit einer viel niedrigeren Steuer belastet seien als verhältnismäßig die übrigen Besitzungen und daß es deshalb wünschenswert sei, wenn die Grundlagen der Revenüen der Forsten verglichen mit den Revenüen der anderen Besitzungen einer Revision unterzogen würden. Der in der Sitzung anwesende Präsident von Lothringen versprach auf das Bereitwilligste diesen Wunsch zu erfüllen. Und als von einem anderen Bezirksstagsmitgliede die Verhältnisse der Pensionskasse der ehemaligen Präfecturbeamten des Moseldepartements berührt und der Wunsch ausgedrückt worden war, daß diejenigen dieser Beamten, welche im Dienste des Reiches geblieben sind, den aus Deutschland gekommenen Beamten gleichgestellt, und die Abzüge, die ihnen auf ihr Gehalt gemacht worden, unverzüglich ihnen zurückersetzt würden, so erhielt auch hier die Versammlung die Zusicherung, daß die Angelegenheit in ernste Erwägung gezogen werden wird. — Die in Lothringen von der französischen Partei aufgestellten Reichstags-Candidaten haben nunmehr ihre Wahlprogramme veröffentlicht und es lohnt sich der Mühe, ihren Inhalt kurz wiederzugeben. Der für Diebshofen-Börsen aufgestellte Candidat Abel sagt unter Anderem wörtlich: „Endlich ist die Stunde gekommen, wo wir unsere Stimmen laut werden lassen dürfen und Deutschland sagen können, wie wir seit drei Jahren administriert worden und welche Veränderungen seitdem in unserem Handel, Industrie, ja selbst in unseren Familien Platz gegriffen. Deutschland glaubt, daß wir mit voller Ueberzeugung angehört haben, Franzosen zu sein. Ist das wahr? Das müssen wir in Berlin sagen und deshalb habe ich ein Mandat angenommen.“ Pougnet, Candidat für Forbach-Saargemünd, schreibt: „Unser Land kann endlich protestiren gegen seine Annexion an Deutschland. Was auch kommen mag, ein treuer Interpret der Wünsche und Bedürfnisse Elsaß-Lothringens, bin ich stets bereit zu kämpfen für unsere religiösen und politischen Freiheiten.“ Germain, aufgestellt in Saargemünd-Saargemünd, redet so zu seinen Wählern: „Müssen wir uns, wie man es behauptet hat, schließlich beugen vor den Thatsachen und unser Schicksal mit stiller Resignation tragen? Tel n'est pas mon avis! Vor Allem müssen wir ein Recht laut reclamiren, welches jedem Volke gehört, über den Wunsch der Nationalität befragt zu werden. (Und die Option am 1. October 1872? Hat Herr Germain diese Thatsache vergessen?) Dann müssen die Deputirten sich darüber einigen, in welcher Weise sie am besten die Interessen, Rechte und die politischen und religiösen Freiheiten Elsaß-Lothringens vertheidigen können.“ Genau dieselbe Sprache spricht ein vierter Candidat, Herr Tentsch, mit dessen Ergüssen ich Sie daher verschonen kann. Die Sprache der Candidaten im Elsaß ist doch im Großen und Ganzen eine wesentlich andere! Man darf wohl neugierig auf den Effect sein, den unsere „Unversöhnlichen“ mit ihren Protesten im Reichstage machen werden.

Großbritannien.

* London, 23. Januar. [In dem Sympathie-Meeting für Deutschland] werden, so schreibt man der „A. Z.“, auf den Fronten neben dem Präsidenten Sir John Murray (dem Repräsentanten einer alten schottischen Familie, die nebenbei den österreichischen Grafentitel führt) dem Vernehmen nach Lord Lawrence, Lord Alfred Churchill, Sir Henry Havelock, Sir Robert Peel, die Parlamentarier Fowler, Holt, Newdegate, Booth und einige Andere zu erblicken sein. Die Reihenfolge der Reden in der Nachmittagsversammlung ist mit Geschick geordnet. Vor Allem wird der Decan von Canterbury, Dr. Payne Smith, die Bedeutung des Begriffes „Ultramontanismus“ auseinanderlegen, sodann Sir Thomas Chambers als Jurist den Ultramontanismus in seinem Verhältnisse zu den englischen Gesetzen darlegen, voraus das gegenwärtige, denn Sir Thomas will von der Zeit Wilhelm des Eroberers anfangen und von Periode zu Periode durchführen, wie England stets den Grundfals festgehalten hat. „In England darf der Papst keine Autorität genießen“, vor der Reformation im Reime, seitdem in vollster Ausbildung. Die kirchlich-politische Lage in Deutschland soll von Dr. Joseph Thompson gechildert werden. Zum Schluß beabsichtigt J. L. Whittle ein Bild der

Entwicklung des Ultramontanismus in England in den letzten 45 Jahren, seit 1829, vorzuführen. Es werden sich auch andere rednerische Kräfte betheiligen, die angegebenen Reden bilden indessen den Kern der Verhandlung. Jeder dieser Reden folgt eine Resolution.

A.-A. C. London, 24. Januar. [Die Auflösung des Parlements.] Nicht geringes Erstaunen rief heute die von sämmtlichen Morgenblättern gebrachte Nachricht hervor, daß das Parlament von 1868 — das Parlament, welches die irische Kirche entfaltete und die irische Landfrage regelte, das die geheime Abstammung bei Wahlen einführt, den Stellenkauf im Heere abschafft und ein nationales Erziehungssystem gründete — seine Endschacht erreicht habe. Im gestrigen Cabinets-Conseil wurde nach einer, wie man sagt, sehr stürmischen Sitzung beschlossen, das Parlament unverzüglich aufzulösen, und die Königin hat auf den Rath ihrer Minister die dazu erforderlichen Schritte genehmigt. Am nächsten Montag oder Dienstag wird auf Osborne unter dem Vorsth der Königin ein Conseil stattfinden, nach welchem eine Proclamation erlassen werden wird, welche das jetzige Parlament auflöst und neue Wahlen anordnet. Die Neuwahlen werden binnen 35 Tagen vom Datum der Proclamation ab stattfinden, und man berechnet, daß das neue Parlament am 3. oder spätestens den 5. März zusammentreten wird. Herr Gladstone hat bereits ein Manifest an seine Wähler in Greenwich erlassen, in welchem er sich um seine Wiederwahlung bewirbt, die Gründe, welche das Cabinet zu dem jetzigen bedeutsamen Schritte bewegen, erklärt, die ministerielle Politik der Vergangenheit rechtfertigt und das politische Programm der Zukunft entwickelt. Die Gründe für die Auflösung des Parlements sind in der Wahladresse, welche die „Daily News“ als eines der wichtigsten Staatsdocumente, die in England seit langer Zeit erschienen, bezeichnet, sehr freimüthig auseinandergesetzt.

Seit der Niederlage der Regierung in der irischen Universitätsbildungsfrage im März vorigen Jahres hätte die Regierung nicht hinlängliche Autorität beibehalten, um große legislative Maßregeln durchzuführen, und die Erfahrung während der Ferien sei nicht dazu angethan gewesen, um irgend eine wahrhaftige Besserung ihrer Lage abzuheben. Der Chef der Opposition weigerte sich, die Verantwortlichkeit der Regierung zu übernehmen, und die Mitglieder des Cabinets glaubten nicht, daß ihnen die Unterstützung zu Theil werde, die jedes Ministerium genießen sollte. Ein Appell an das Volk sei die gehörige und constitutionelle Methode, um den Uebeln eines solchen Standes der Dinge abzuhelfen.

Demnach geht Herr Gladstone von dem politischen Programm der Zukunft über. „Ich brauche mich nicht“, sagt er, „über die elementarischen und stets fortdauernden Pflichten des Ministeriums, wie die Aufrechterhaltung der Landeswehr, des Friedens, der Rechte aller Klassen, unserer inularen Lage zu verbreiten, aber ich will bemerken, daß wir wünschen, den Credit und Einfluß unserer auswärtigen Politik auf einen Entschluß zu begründen, von auswärtigen Mächten nichts als das zu verlangen, was wir in gleichen Verhältnissen selbst geben dürfen und ihre Rechte ebenso stetig zu respectiren als wir die unsrigen beharrlich aufrecht halten werden. Was den unglücklichen Krieg an der Goldküste anlangt, so war es unser Zweck, ihn mit Energie vorbehaltend einer gehörigen Berücksichtigung der Erfordernisse des Klimas und des Wertes von Menschenleben, und nur innerhalb der Grenzen, welche Gerechtigkeit und künftige Sicherheit vorschreiben, zu führen. Wir werden auf die Herstellung nicht allein des Friedens, sondern auch der Freundschaft mit den Uicanti's hinarbeiten und wir werden hoffentlich daraus eine Lehre über die Pflicht ziehen, in Zukunft den ersten Schritt in zweideutigen und verwickelnden Verpflichtungen zu vermeiden. Zugewiesen seien wir das größte Vertrauen in den britischen General, die Offiziere und Soldaten und wir hegen die Hoffnung, daß wir im Begriff sind, uns zeitig und mit guten Bedingungen aus dem Conflict zu ziehen.“

Wenn ich zu den allgemeinen Gegenständen der inneren Gesetzgebung übergehe, habe ich eher als ein Mitglied einer Partei, denn als ein Mitglied eines Cabinets zu sprechen. Denn es ist nicht die Pflicht eines Cabinets, sich zu binden oder seine Collectiv-Ansichten über alle Gegenstände vom öffentlichen Interesse zur Reife zu bringen, sondern nur über solche, welche die zeitigen Gegenstände einer praktischen Behandlung bilden sollen. Was den wichtigen Act von 1870 für die Förderung des Unterrichts anbelangt, so gehört ich nicht zu denjenigen, welche den letzten Abjurationen der Vorlage nicht den Vorrang vor den früheren gaben. Aber es waren dem damaligen Stande der öffentlichen Meinung angepasste Abjurationen, und es scheint mir, daß keine Hauptbestimmung der Maßregel vortheils in nochmalige Erwägung gezogen werden kann, ohne den Bestand einer Erfahrung, wie wir solche noch nicht erworben haben. Mit Bezug auf einen oder zwei Punkte, die darauf berechnet sind, eine Unruhe zu erzeugen, die zu ihrer wirklichen Wichtigkeit oder Schwierigkeit außer jedem Verhältnisse steht, zweifle ich nicht, daß die Weisheit der renovirten Legislatur die Mittel zu ihrer Beilegung entdecken wird. . . . Die Gesetze betreffen die Uebertragung, des Erbrechts und der Occupation von Land. Die Jagdgesetze, die Gesetze bezüglich des Verkaufs von Spirituosen, die Gesetze, welche die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern betreffen. Die Abgaben und Localverwaltungsgesetze befinden sich unter den Gegenständen, welche der Reiche nach unter der Beachtung des neuen Parlements kommen dürften. Einige dieser Angelegenheiten bieten nach meinem Ermessen Raum für ausgedehnte Verbesserung, und sie alle werden, wie ich hoffe, in einem Geiste unparteiischer Gerechtigkeit behandelt werden. Unter allen Veränderungen, welche die Neuzeit kennzeichnen, giebt es keine, auf die ich mit herzlicherer Befriedigung blicke, als das fortschreitende Steigen der Löhne in den Arbeitsverhältnissen. Ich sehe dieses Steigen als das natürliche und gehörige, obwohl lange verzögerte Resultat ökonomischer Gesetze, als die Befriedigung von etwas, was einer nationalen Schande ähnlich sieht, als eine Bereicherung des niemals zu reichlichen Verfalls menschlicher Glückseligkeit und als eine neue Garantie für die Stabilität des Thrones und der Einrichtungen des Landes. Ich habe niemals meine Meinung verheimlicht, daß jene Einrichtungen weiter befestigt werden würden, indem den Grassackern allgemein jenes 3 ausgeübte Stimmrecht gewährt wird, das mit allgemeiner Befriedigung den Städten zugesprochen wurde. Ich wünsche ernstlich Zeuge der Bildung einer gerechten öffentlichen Meinung über einen Gegenstand, der bis jetzt kaum alle die Aufmerksamkeit, die er verdient, erhalten hat, zu sein. Ich für mich will darüber nichts sagen, was dazu beitragen könnte, die Eiferjucht einer Klasse oder Partei zu erwecken, und ich beuge die Hoffnung, daß in nicht ferner Zeit unsere loyalen, geübten und (wie ich glaube) intelligenten Bauernschaft sammt den anderen wichtigen Klassen, die aus keinem anderen Grunde als dem, daß sie außerhalb der Grenzen von Fleden wohnen, nicht stimmfähig sind, diesen Vortheil aus den Händen der Legislatur ohne Conflict, ohne Intrigue und durch allgemeine Zustimmung empfangen mögen. Ich komme nun zu der Frage der Ausgaben und Finanzen. . . . Nach einer Reihe der Finanzen während der letzten 5 Jahre sind wir im Stande zu erklären, daß der Totalbetrag der Nationalschuld trotz des Ankaufes der Telegraphen für eine 9,000,000 Lfr. übersteigende Summe, um mehr als 20,000,000 Lfr. herabgemindert wurde; daß Steuern im Betrage von 20,000,000 Lfr. herabgesetzt oder erlassen wurden, daß während des abgelaufenen Jahres die Alabama-Entschädigung bezahlt wurde und die Kosten des Uicanti-Krieges aus den Einkünften gedeckt werden würden, und daß wir nach einer ungefähren Schätzung der Einkünfte dieses Jahres einen Ueberschuß anticipiren, der sich eher über als unter 5,000,000 Lfr. bewegen wird. Das Vorhandensein eines solchen Ueberschusses wird nach unserem Ermessen eine große Gelegenheit darbieten, dem Gemeinwesen eine Erleichterung zu gewähren, und eine Gelegenheit, mit der das Beste gemacht werden sollte. In erster Reihe ist ein sehr allgemeiner Wunsch vorhanden, daß aus den Fonds, die dem Staate gegenwärtig zu Gebote stehen, den Steuerzahlern des Landes irgend ein neuer Beistand geleistet werden sollte. In erster Reihe soll eine mit Reformen gepaarte Erleichterung der Localbesteuerung erfolgen. Demnach soll die Einkommensteuer abgeschafft werden. Die Erträge dieser Einkommensteuer für dieses Jahr werden sich, wie man erwartet, auf 5 bis 6 Mill. Lfr. stellen, und bei einem Opfer von etwas weniger als 4,500,000 Lfr. für das finanzielle Jahr mag das Land den Vortheil und die Erleichterung ihrer Totalablastung genießen. Aber es ist offenbar, daß wir nicht die Abgaben erleichtern und die Einkommensteuer beseitigen sollten, ohne dem allgemeinen Consumenten gleichzeitig irgend eine marante Erleichterung in der Klasse der Volkconsumartikel zu gewähren. Es mag bemerkt werden, daß die Veränderungen, die ich angezeigt habe, über mehr, tatsächlich beträchtlich mehr, als der von mir genannte Ueberschuß verfügen würden und daß ich nicht berechtigt sei, irgend eine größere Bilanz disponibler Einkünfte während des kommenden Jahres aus den gegenwärtigen Quellen, wie sie gesetzlich hiesel sind, zu anticipiren. Aber ich habe nichts gesagt, um die Re-

gierung daran zu verhindern, das Parlament zu erlöchen, in Anbetracht jener großen Steuererlässe zu erwägen, welche mächtiger Beistand aus vernünftigen Abjurationen bestehender Steuern bezogen werden könnte. Und es ist kaum nöthig für mich, hinzuzufügen, daß ich, indem ich die Erklärungen von 1868 einräume, nicht einer Regierung angehören könnte, die nicht bei jeder Gelegenheit sucht, ihre Hilfsquellen durch eine weise Spar-samkeit zu vergrößern.“

Nach einem Contrast der 40jährigen Herrschaft der liberalen Partei mit der ihr vorangegangenen 40jährigen Tory-Herrschaft schließt das wichtige Manifest wie folgt: „Ich habe nun versucht, Ihnen, meine Herren, die Mittel an die Hand zu geben, um im Allgemeinen, aber wie ich hoffe mit hinlänglicher Genauigkeit die Ansichten und Intentionen der Regierung mit Bezug auf Politik und unmittelbare Gesetzgebung, aber insbesondere mit Bezug auf das finanzielle Werk, das zu übernehmen und auszuführen sie sich nun erbietet, schätzen zu können. Ueberronnen und ausgeführt wird es hoffentlich werden, entweder von uns oder von Anderen. Es ist an Ihnen, zu sagen durch wen. . . . Wenn das Mandat dieser Administration durch die Wirkung der jetzigen Wahlen tatsächlich erneuert werden sollte, werde ich wenigstens Ihnen während des Restes meiner Lebenszeit getreulich dienen; wenn das Vertrauen des Landes von uns genommen und Anderen, die Sie für würdiger erachten mögen, übertragen wird werde ich wenigstens freudig meine Entlassung annehmen.“

London, 24. Januar. [Die Meetings für die deutsche Politik gegen den Ultramontanismus.] Die deutschen Deputirten zu der Versammlung am 27., Thompson und Gurth, sind gestern wohlbehalten angekommen. Dr. Thompson wird in erster Linie das Sprecheraamt übernehmen, indessen will auch Dr. Gurth einige Worte an die Versammlung richten, und zwar auf Deutsch. Da Dr. Chiniquy, ein geborner Francocanadier, in der St. James-Halle französisch sprechen wird — in der Greter-Halle dagegen englisch —, so gelangen die drei großen Sprachen der gebildeten Welt zur Vertretung. Das Programm zu dem Nachmittagsvortrag am 27. d. liegt nunmehr gedruckt vor. Die erste Resolution wiederholt eine frühere Adresse, indem sie dem Briefe des Kaisers Wilhelm an den Papst Anerkennung zollt. Diese Resolution beantragt der Dean von Canterbury, Dr. Payne Smith. Sir Thomas Chambers und der Wesleyaner Dr. Johnson unterstützen sie. Die zweite Resolution spricht „ohne Rückhalt“ aus, „daß es Recht und Pflicht der Bürgerliche und religiöse Freiheit zu wahren, daß daher die Versammlung dem deutschen Volke in seinem Entschlusse, der Politik der ultramontanen Partei in der katholischen Kirche standfest Widerstand zu leisten, tiefes Mitgefühl entgegenbringe“. Diesen Beschluß wird der Altkatholik J. Lowry Whittle beantragen und es werden ihn Dr. Thompson (aus Berlin) und das Parlamentmitglied Newdegate unterstützen. Bei dieser Gelegenheit wird Dr. Gurth aus Berlin einige Worte deutsch sprechen. Die dritte Resolution ist dem Parlamentmitglied Holt anvertraut und wird durch den Prediger Chiniquy unterstützt werden. Sie beauftragt nur den Vorsitzenden, vorgehende Beschlüsse zur Kenntniß des deutschen Kaisers und des deutschen Volkes zu bringen. Das Programm für das Abendmeeting ist noch nicht fertig gestellt. Die Hauptredner bei denselben sollen die Sprecher von Deputationen aus der Provinz sein, so für Schottland Dr. Smith aus Edinburgh, aus Birmingham Dr. Evans, aus Portsmouth Dr. Aldwell. Die Versammlungen werden gewöhnlich „Protestanten“-meetings genannt, weil sie von der „Protestantischen Vereinigung“, im Verein mit dem „National-Club“, ausgehen. Es werden allerdings die protestantischen Bekenntnisse aller und jeder Gattung darin die hauptsächlichste Vertretung finden, doch sind die Katholiken durchaus nicht ausgeschlossen, es ist sogar die Anwesenheit verschiedener Katholiken in bestimmte Aussicht gestellt; nur dem Ultramontanismus tritt die Versammlung ganz energisch entgegen. Den Katholicismus chri sie, wie jedes andere christliche Bekenntniß. Angriffe auf Meinungen und Lehren, die mit dem Ultramontanismus nichts zu thun haben, sollen sorgfältig vermieden werden und die Politik speciell bleibt überhaupt aus dem Spiele. Mit der Billetausgabe ist gestern begonnen worden. Das Comité hat mit der Aufstellung der Karten bei dem großen Andrang bedeutende Schwierigkeiten gehabt. Die beschlossenen Nachdemonstrationen in Provinzialstädten sollen nunmehr, auf Anregung des schottischen Protestantischen Vereins, auch auf das nördliche Königreich ausgedehnt werden. Ein großes Meeting für ganz Schottland, entsprechend dem St. James-Hall-Meeting für England, ist auf den 25. Februar in Glasgow festgesetzt, und zwar wird man ihm die Stadthalle einräumen. Das glasgower Meeting verspricht im Verhältniß eben so zahlreich besucht zu werden, wie das londoner. Es öffnet gleichfalls seine Thore allen Bekenntnissen, mit Ausnahme des infallibilistischen, und allen Parteien. Die beabsichtigten Beschlüsse, gleichfalls zur Uebermittlung an den Deutschen Kaiser bestimmt, sind in bedeutend stärkeren Ausdrücken abgefaßt, als die in London.

Es wurde bereits früher mitgetheilt, daß die englischen Ultramontanen, unter denen zur Zeit ein sehr kriegerischer Geist herrscht, der deutschfreundlichen Rundgebung ihrerseits eine Infallibilisten-Demonstration entgegenzusetzen beabsichtigen. Diese geht von der „Katholischen Union von Großbritannien“, aus, deren Vorsitzender, der Herzog von Norfolk, die Versammlung zu leiten gedenkt. Als Tag der Zusammenkunft ist der 6. Februar bestimmt, als Ort derselben St. James-Halle. Fehlt der ultramontanen Partei der Rückhalt im Herzen des Volkes, so hat sie andererseits genug katholische Lords und Bischöfe ins Treffen zu führen. Die Beschlüsse sollen sehr bestimmt gehalten werden und sich direct gegen Deutschland richten. Sie sollen dem mächtigen und ungetheilten Gefühle „sämmlicher Katholiken“ Englands Ausdruck verleihen, daß die Einführung von Criminalgesetzen gegen die Geistlichkeit in Deutschland und die Vererbung der Kirche in jenem Lande der gebührenden Freiheit in ihren wesentlichen Amtsausübungen ein schreieliches Unrecht sei. Die Beschlüsse werden sodann später dem Papste zur Kenntnissnahme übermittleit werden, dem Herzog von Norfolk und seinen Getreuen aber zweifelsohne einen warmen apostolischen Segen einbringen.

N u s s l a n d .

— Petersburg, 22. Jan. [Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. — Der russische Adel und das Aufsichtrecht über die Volksschulen.] Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist ein für alle Male anerkannt worden, daß die Vertbeidigung des Vaterlandes eine Pflicht sämmtlicher russischer Staatsbürger ist und daß keiner von ihnen in der Ausübung dieser Pflicht sich vertreten lassen darf. Bekanntlich war diese Idee in Rußland bisher noch nicht durchgeführt: die Militärpflicht lag obligatorisch bisher nur auf den unteren Klassen, während aus den höheren Jeder nur dann diente, wenn er wollte, ohne daß er zur Armeesich zu stellen verpflichtet war. Seit unendlichen Zeiten hat der Adel aber mit Vorliebe die militärische Karriere eingeschlagen: so wird durch die allgemeine Wehrpflicht das, was sonst eine Gewohnheit war, künftig nun zum Gesetz. Es ist von dem Adel daher sehr gern und unumwunden anerkannt worden, daß seine Stellung zu den übrigen Staatsbürgern des Reiches sich praktisch nicht weiter verändert, wenn aus dem, was er bisher freiwillig übernahm, ihm künftig eine Pflicht gemacht wird: in zahlreichen Adressen wünschte er zu Ende 1870 dem Kaiser Glück zu der in Angriff genommenen neuen Reform, welche den zeitgemäßen Gedanken, daß kein wehrhafter russischer Staatsbürger von der Verpflichtung zur Vertbeidigung des Vaterlandes sich ausschließen dürfe, zur Geltung bringt. In diesem Sinne feiert auch

unsere Presse die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. So wie durch die Aufhebung der Leibeigenschaft eine auffällige Ungleichheit zwischen den Staatsbürgern Rußlands beseitigt wurde, so geschieht Aehnliches auch in der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die größte Schonung ist dabei den Interessen der Volksbildung geollt worden; eine große Rücksicht auch denjenigen Familien, die einen einzigen Sohn haben, und von demselben ernährt werden. Letzteres hat begreifliche Ursachen; ersteres bezieht sich darauf, daß die Reime der Volksbildung in Rußland noch jung sind und darum nicht gefährdet werden dürfen. Man hat im Gegentheil die Interessen der Volksbildung dazu benutzt, das allgemeine Niveau der Bildung überhaupt zu heben. Wer die Universität absolviert, hat nur drei Monate activ zu dienen: es wird ihm auch dafür bis zum 27. Jahre Zeit gelassen, bis er seiner Dienstpflicht Genüge leistet. Wer in der zweithöchsten Klasse des Gymnasiums sich befindet, hat eine Dienstzeit von 6 Monaten zu bestehen. Wer das gewöhnliche Freiwilligen-Examen ablegt, dient activ zwei Jahre. Sonst wird die active Dienstzeit auf 6 Jahre normirt, mit einer Dienstpflicht in der Reserve von 9 Jahren. Die Militärs, die als genügend eingeschult befunden werden, können nach Umständen auch vor dem Ablauf der 6jährigen Dienstfrist entlassen werden, nur müssen sie in der Reserve entsprechend länger dienen, so daß die active Dienstzeit mit der Reservepflichtigkeit zusammen sich auf 15 Jahre erstreckt.

Der russische Adel ist so nach und nach in Bezug auf seine Vorrechte so weit eingeschränkt, daß mit Ausnahme der persönlichen Abgabefreiheit (die er mit andern Privilegierten gemein hat) kaum etwas als Vorrecht noch übrig geblieben ist. Das ausschließliche Güterbesitzrecht ist durch die Aufhebung der Leibeigenschaft hinfällig geworden. Die Gerichtsreform hat das Recht des Adels auf Besetzung gewisser polizeilicher und richterlicher Stellen cassirt: die Friedensrichterposten und andere aus der neuen Verfassung der Provinzialstände hervorgegangene Stellen werden durch allgemeine Wahl nach gewissen Regeln und unabhängig von der Adelsqualität der Interessenten besetzt. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hatte ebenso wie die Aufhebung der Leibeigenschaft beim Adel stets das patriotischste und freimüthigste Entgegenkommen gefunden, sowie vor zwei Jahren die große Mehrheit der Adelscorporationen auch Vorschläge zur Aenderung des Abgabensystems (womit die bisherige persönliche Abgabefreiheit der Privilegierten auch zusammenfallen würde) bereits gethan hat. So hat unser Adel beständig die Hand dazu geboten, Vorrechte, deren Beseitigen mit dem Zeitgeiste oder mit der Entwicklung des Landes sich nicht mehr verträgt, auf dem Altare des Vaterlandes zu opfern. Im Hinblick auf diese Opferwilligkeit des Adels hat der Kaiser neuerdings, in seinem Rescript an den Unterrichtsminister Grafen Tolstoi, dem Adel eine wichtige Function, die Aufsicht über die Volksschulen übertragen. Es hat sich nicht als praktisch erwiesen, daß unsere Grundbesitzer als solche die Aufsicht über die Volksschulen führen sollten, da sie vielfach gar nicht auf ihren Gütern leben. Die Schulen ohne eine Controle, die von der officiellen bureaukratischen Welt unabhängig wäre, zu lassen, erschien bedenklich, und hat unter Umständen zur unbenutzen Einmischung nihilistischer Elemente geführt. So blieb denn nichts anderes übrig, als gerade den Adelscorporationen und deren Organen, den Gouvernements- und Kreis-Adelsmarschällen die Controle der Volksschulen zu übertragen. Dieses Aufsichtrecht kann man als ein kaiserliches Geschenk betrachten, aber es ist ein Geschenk, das große Pflichten nach sich zieht; es bleibt daher ein würdiger Ausfluß der freimüthigen Denkwiese des Kaisers, und dem Adel gegenüber wird hier ein großer Spielraum zur Bewahrung des Sprichwortes geben: Noblesse oblige!

Provinzial-Beitrag.

† Breslau, 27. Januar. [Schließung des Alumnats und Convicts in Aussicht.] Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt die Staatsregierung im Falle der Nichtanerkennung und Unterwerfung der Maßgabe von Seiten des hiesigen Fürbischöfs im nächsten Monat die Schließung des Alumnats und des Convicts zu veranlassen.

† Breslau, 25. Jan. [Orts-Gewerbvereine.] Im Springen-Concertsaal wurde gestern die dritte Wiederkehr der Gründung des „Breslauer Ortsvereins der Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine“ feilich begangen. Der Vorsitzende des Ortsvereins der „Hand- und Fabrikarbeiter“, Herr Buchbinermeister Huhn, betrat die an der westlichen Seite des Saales errichtete Rednertribüne und sprach einen von Literat Krause verfaßten Prolog. Nach Aufzählung einiger Mühsüßde ergriff Herr Fabrikant Jul. Keller das Wort zur Hestrede, worin er auf die Bedeutung der feiernden Vereine für die Arbeit, ihre Tendenz der Selbsthilfe, die materielle Unterstützung der Arbeiter und ihrer Familien besonders in Fällen der Invalidität des Familienvaters, hauptsächlich aber auch auf ihre Stellung zu den Socialdemokraten hinwies, die eine entschiedene gegnerische sei, die auch durch eine Thatsache“, wie das von Presse und Gegnern aus Unkenntniß oder Feindseligkeit zum Nachtheil der Gewerbevereine gemißbrauchte Vorgehen der Breslauer bei den letzten Reichstagswahlen nicht geändert werden könne. Nach Anhörung dieser entschieden und energisch gehaltenen Rede wurde, da andere Sprecher nicht angemeldet waren, zum vernünftigen Theil des Festes übergegangen, der durch eine Polonaise eingeleitet wurde und dann in Tanz und vertrauliches Beisammensein überging.

† [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der lehtverfloffenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 97 Kinder männlichen und 117 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 214 Kinder, wovon 41 außerehelich; als gestorben 75 männliche und 62 weibliche, zusammen 137 Personen incl. 7 todtgeborener Kinder.

† [Alarmirung der Feuerweh.] Die Hauptfeuerwache rückte gestern Nachmittag in der 3. Stunde nach der Altbäberstraße 29, woselbst etwas Rauch in einem Kohlenteller, in der 11. Stunde Abends nach Bormarkt-Straße Nr. 8, woselbst eine Garbine und in der 12. Stunde noch nach Hinterbleiche Nr. 2, woselbst in einer Töpferei die hinter einem Trockensen aufgestellten Bretter in Brand gerathen waren, kam aber in keinem Falle zur Thätigkeit.

† Riegnitz, 26. Januar. [Der Bescheid des Ober-Kirchenraths.] In heutiger öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung gelangte vor Beginn der Tagesordnung der Bescheid des Evangelischen Oberkirchenraths in Berlin an den hiesigen Magistrat auf dessen Beschwerde wegen Nichtbestätigung der Wahl Ziegler's seitens des Consistoriums für die Provinz Schlesien zum Vortrag. Der Wortlaut ist nach dem hiesigen „Anzeiger“ folgender:

„Berlin, 21. Januar 1874. Auf die Beschwerde vom 5. September v. J., in welcher der Magistrat dagegen Recurs ergriff, daß das Königl. Consistorium zu Breslau mittelst Verfügung vom 6. August die Bestätigung der Vocaton des Predigt-Amts-Candidaten Ziegler zum Diaconus an der Stadtpfarrkirche von St. Peter-Paul verweigert hat, haben wir, nachdem zuvor das Königl. Consistorium zu Breslau darüber gehört worden ist, dem Magistrat Nachstehendes zu eröffnen.

„Wir können zuvörderst den Umstand, daß bei der Sammlung der Protest-Unterschriften Ungehörigkeiten vorgekommen sind, völlig auf sich beruhen lassen, da in der vom Königl. Consistorium angeordneten und am 25. Juli v. J. erfolgten Vernehmung der Gemeinde von 300 Anwesenden 79 Gemeindeglieder gegen die Berufung Ziegler's Einspruch erhoben und sich zur Motivirung desselben insgesammt auf die früheren schriftlich eingereichten Proteste berufen haben. Der Einspruch ist demnach vorzugsweise auf die von Ziegler gehaltene Probepredigt, sowie auf den von demselben am 10. December 1869 in Berlin gehaltenen und dann durch den Druck veröffentlichten

*) Ist es eine Thatsache, daß Mitglieder der hiesigen Gewerbevereine zur Wahl des socialdemokratischen Jacoby gegen den beharrlichen Fortschrittsmann Ziegler aufgefördert haben, oder nicht? D. Red.

lichten Vortrag über das Ansehen der Bibel in der protestantischen Kirche" gegründet. Diesen Einspruch hat das königliche Consistorium materiell für unbegründet erklärt, da der Inhalt der angeführten Predigt in Verbindung mit jenem Vortrage in kirchlicher Hinsicht einen Standpunkt befinde, welcher mit den Grundwahrheiten des evangelischen Glaubens in Widerspruch stehe und deshalb den z. Ziegler für die Berufung in ein Pfarramt der evangel. Landeskirche als ungeeignet erscheinen lasse. Es geht aus dem Wortlaut dieser Begründung nicht mit Sicherheit hervor, ob das königliche Consistorium den z. Ziegler als für immer oder nur zur Zeit ungeeignet hat erklären wollen. Aus dem Bericht des königlichen Consistoriums an uns ergibt sich indes — wie es auch nicht anders sein kann, da es sich nicht um sittliche Verfehlungen handelt — daß das Letztere gemeint ist. Die Frage, um deren Entscheidung es sich handelt, geht demnach dahin, ob der z. Ziegler seines Glaubensstandes wegen gegenwärtig ungeeignet sei, ein geistliches Amt in der evangelischen Landeskirche zu bekleiden.

Als wir vor etwa zwei Jahren in der bedauerlichen Lage waren, einem Predigeramts-Candidaten den Eintritt in ein geistliches Amt unserer Landeskirche zeitweise verweigern zu müssen, gingen wir von dem Grundsatz aus, daß einem Candidaten, der nachgewiesenermaßen mit den Grundwahrheiten des evangelischen Glaubens und Bekenntnisses im Widerspruch stehe und das in unserer Landeskirche erforderliche Ordinationsgelübde nur unter einem die Wahrschaffigkeit vernichtenden inneren Vorbehalt leisten könne, die Uebnahme eines geistlichen Amtes so lange nicht gestattet werden dürfe, als diese Voraussetzungen in begründeter Weise fortbestehen. An diesem Grundsatz, der um der Kirche, des geistlichen Amtes und der Betroffenen selbst willen unbedingt notwendig ist, halten wir auch gegenwärtig noch unverbrüchlich fest und werden nach wie vor unbeirrt darnach verfahren. Zugleich aber erkennen wir es aber auch als unsere Pflicht, in jedem derartigen zu unserer Cognition gelangenden Falle alle einzelnen in Betracht kommenden Umstände, auch die persönlichen Verhältnisse auf das Genaueste und Eingehendste zu prüfen, um, soweit es uns irgend möglich ist, zur Gewißheit darüber zu gelangen, ob wirklich ein fundamentaler Widerspruch mit den evangelischen Grundwahrheiten und die Unfähigkeit, das Ordinationsgelübde mit Wahrschaffigkeit zu leisten, vorliegen. Auch in dem Fall, auf den sich die Beschwärde des Magistrats beziehen, haben wir zu diesem Behufe kein berechtigtes Mittel unbenuzt gelassen. Das Ergebnis davon ist gewesen, daß wir das königliche Consistorium zu Breslau unter dem heutigen Tage angewiesen haben, die Befähigung der Vocation des z. Ziegler nummehr auszusprechen.

Zuerst nämlich vermögen wir den Vorwurf, daß der z. Ziegler einen Standpunkt einnehme, welcher mit den Grundwahrheiten des evangelischen Glaubens im Widerspruch stehe, für hinreichend begründet nicht zu erachten. Zur Begründung ist erstens auf den Inhalt der Ziegler'schen Probe-predigt über Lucas 18, 31—43, insbesondere darauf hingewiesen worden, daß er in dieser Predigt die Substanz des Leidens Christi unberührt gelassen habe, obwohl Text und Thema die Erwähnung notwendig an die Hand gaben. Wir können dem nicht zustimmen. Die in Rede stehende Predigt ist homiletisch sehr ansehnlich. Auch wollen wir die Frage ganz unerörtert lassen, ob der Text eine unbedingte Nöthigung, von der Substanz des Leidens Christi zu reden, und ein Hinderniß, die sittliche Seite dieses Leidens in den Vordergrund zu stellen, wirklich enthält? Jedenfalls lag die Rücksichtnahme auf die Erörterung nahe genug. Nicht minder legen wir kein besonderes Gewicht darauf, daß nach der Versicherung Ziegler's das Thema: „warum mußte Christus solches Alles leiden?“ nicht den heilsamen Zweck, sondern lediglich den Grund dieses Leidens im Auge gehabt habe, denn die Darstellung des Grundes mußte notwendig den Zweck mit berühren. Das Entscheidende ist, daß die Heilthatigkeit des verlebten Leidens und Todes Christi, wie Ziegler in seinem bei den Acten befindlichen Promemoria ausführt, wirklich in der Predigt mit keinem Worte angegriffen, sondern vorausgesetzt und wiederholt (vgl. S. 7. 11. 12. 17. 18.) ausdrücklich ausgesprochen ist. Unter Voraussetzung dieser Thatsache gewinnt es auch an Gewicht, daß S. 2 der Kreuzestod Christi der Ausgangspunkt der ganzen Verkündigung von Christo und ein notwendiges und wesentliches Stück des Evangeliums genannt wird. Soweit demnach die oben erwähnte Anklage gegen Ziegler sich auf die vorliegende Predigt stützt, vermögen wir dieselbe für genügend erwiesen nicht zu erkennen.

Was zweitens den gleichfalls zur Begründung herangezogenen Vortrag über das Ansehen der Bibel betrifft, so ist ganz unleugbar, daß derselbe mehrere bedenkliche Aeußerungen enthält, die namentlich, wenn man sie aus dem Zusammenhang, in dem sie gesprochen sind, löst, und so mit die Tendenz, die sie eingegeben hat, zur Klarstellung ihres Sinnes und ihrer Tragweite nichts mehr beitragen kann, Anstoß zu erregen vermögen. Allein eben der Sinn und die Tragweite der meisten dieser Aeußerungen, wenn man nichts weiter als den in Rede stehenden Vortrag zu Grunde legt, nicht mit völliger Sicherheit und Klarheit festgestellt werden kann, weil auch die Einen durch die Anderen limitirt, beziehentlich gemildert werden, müßte man erst eine authentische Interpretation seitens des Verfassers herbeiführen. Da dies nicht geschehen ist, so nehmen wir Anstand, hier genauer auf alles Einzelne einzugehen und bemerken nur, um das Hauptgeschäft zu berühren, daß in dem Vortrag die normative Auctorität der Bibel zwar modificirt und mit Restriktionen versehen, aber doch noch anerkannt ist, daß der S. 19 befindliche angefochtene Satz vom Ursprung des Evangeliums dahin verstanden werden kann, daß das Evangelium ein rein menschliches Erzeugniß sei, aber keineswegs so verstanden werden muß, daß auf Grund dieses Vortrages dem Verfasser nicht wird nachgewiesen werden können, daß er den Herrn Christus nicht mehr für irrthumslos halte, daß überhaupt seine Ansicht von der Person Christi mit genügender Deutlichkeit aus dem Vortrag nicht erkannt werden kann und daß endlich die Längung der Wunder im strengen Sinne des Wortes (S. 27) durch das Nachfolgende wesentlich modificirt wird. Solche und ähnliche Momente, die alle, um ganz sicher urtheilen zu können, noch weitere Verhandlungen erforderlich erscheinen lassen, müssen um so vorsichtiger machen, als der Vortrag bereits vier Jahre alt und inzwischen von Ziegler ein zweiter Vortrag am 10. Februar 1871 gehalten und durch den Druck veröffentlicht ist. Von diesem Vortrag: „Paulus der Apostel und Jesus der Christ“ finden wir in den Verhandlungen fast keinen Gebrauch gemacht, und doch wäre derselbe wohl geeignet gewesen, auf das Urtheil über einzelne Aeußerungen des ersten Vortrages ergänzend und berichtend zu influenciren. Wenn z. B. dem z. Ziegler zum Vorwurf gemacht worden ist, daß er den Grundsatz von der Rechtfertigung des Menschen allein durch den Glauben nicht anerkenne, so hätte auch die Art in Betracht gezogen werden sollen, wie er sich im zweiten Vortrag S. 14 über die paulinische Lehre von der Glaubens-Rechtfertigung und den paulinischen Glaubensbegriff (vgl. auch Anm. 19) unter Bezugnahme auf Schriftstellen, die von der Glaubensgerechtigkeit handeln, ausgesprochen hat. Nach alledem würden wir es nur haben billigen können, wenn das königliche Consistorium den z. Ziegler zu einem Colloquium vorgeladen hätte, um auf dem Wege mündlicher Unterredung jede Unsicherheit über den Glaubensstand desselben zu beseitigen. Dies ist nicht geschehen, augenscheinlich, weil das königliche Consistorium schon durch das, was ihm vorlag, zu der pflichtmäßigen Ueberzeugung davon gelangt war, daß Ziegler im fundamentalen Widerspruch mit den Grundwahrheiten des evangelischen Glaubens sich befinde.

Da wir durch das vorliegende Material einen solchen Widerspruch für hinreichend begründet nicht erachten können, so haben wir uns die Frage vorgelegt, ob es nicht das Rathsamste sei, anzuordnen, daß das bisher unterlassene Colloquium in irgend einer Weise zudrüberst nachgeholt sei. Wenn wir dennoch davon abgesehen haben, so hat dies seinen Grund in den neuen Informationen, die wir über Ziegler eingegeben haben und die dem königlichen Consistorium nicht vorgelegen haben, auch nicht vorliegen konnten. Dieselben haben es uns ermöglicht, einen kürzeren Weg einzuschlagen.

Der z. Ziegler ist seit etwa neun Jahren Religionslehrer an hiesigen Gymnasien. Es liegen uns von ganz vertrauenswürdigern Männern, die ihn zu beobachten anständige Pflicht und reichliche Gelegenheit gehabt haben, überaus günstige Zeugnisse nicht nur über seinen sittlichen Ernst und seine sittliche Gesamthaltung überhaupt, sondern über seine Thätigkeit als Religionslehrer im Besonderen vor. Es ist uns mitgetheilt worden, daß er es verstanden habe, den Religionsunterricht auf dem Gymnasium lediglich durch die Art, wie er denselben erteilt, zu der ihm gebührenden, selten erreichten Bedeutung zu erheben, und daß über seinen theologischen Standpunkt, auch von sehr streng-gläubigen Eltern, die sonst mit ihren Bedenken zurückhaltend pflegten, nie eine Frage erhoben worden sei. Sein gegenwärtiger Director erklärt, „eingedenk seiner Pflicht und seines Amtes, vor Gott und Menschen“, daß, wenn es sich um Uebertragung eines evangelischen Pfarramtes an den z. Ziegler handle, die Art und Weise seines Religionsunterrichts und seine bisher darin erreichten Erfolge ein schweres Gewicht für ihn in die Waagschale werfen müßten. Auch ist damals, als der erste Vortrag über das Ansehen der Bibel veröffentlicht war und ebenso Anstoß erregt hatte, wie es jetzt geschehen ist, von berufener und durchaus gläubiger Seite eine eingehende Visitation des von Ziegler gegebenen Religionsunterrichts angeestellt worden und es hat sich bei derselben herausgestellt, daß der Unterricht durchaus der evangelischen Lehre entsprechend

gegeben worden ist, und daß die Zöglinge über Buße und Glauben, Rechtfertigung durch den Glauben, Gesetz und Evangelium keinerlei irrige Auffassung gezeigt haben. Die wissenschaftliche Thätigkeit des Mannes, die er auch durch ein Buch über Jrenäus bewiesen hat, ist unbefristet und seine persönliche Wahrhaftigkeit und Gewissenhaftigkeit ist es nach allen unmittelbaren und mittelbaren Einwürfen, die uns berichtet sind, gleichfalls. Nicht minder haben wir uns sagen müssen, daß ein Mann, dem ernstes, aufrichtiges und selbstloses Ringen nach der Wahrheit nachgerühmt wird, und der in seinem zweiten Vortrag eine innige Liebe zu der Person des Heilandes kundgegeben hat, durch die Rückwirkungen, die eine pflichtgemäße Verwaltung des geistlichen Amtes auf den Abt, der mit ihr betraut ist, wenn auch nicht in der Grundrichtung geändert, so doch über einzelne dogmatische Ansätze, die er jetzt noch nicht zu überwinden vermag, hinausgehoben werden wird. Gesetzt aber auch, daß diese Hoffnung trügen sollte, so darf man doch von einem Manne, dessen sittliche Gesamthaltung keinerlei Bedenken unterliegt, erwarten, daß er, wenn er das Ordinations-Gelübde leisten kann, sich auch redlich bemühen wird, es zu erfüllen und die Gemeinde nicht zu verwirren.

Freilich, ob Ziegler das Ordinations-Gelübde leisten könne, darüber haben wir in den bisherigen Verhandlungen keinen genügenden Anhalt gefunden. Allerdings hat er in seinem bei den Acten befindlichen Promemoria erklärt, daß er keinen Augenblick daran denken würde, sich um ein Prediger-Amt in der evangelischen Kirche zu bemühen, wenn er sich nicht mit den Grundwahrheiten des evangelischen Glaubens über, wie er es auch ausdrückt, mit dem praktischen Kerne dessen, was die heilige Schrift und die Bekenntnisschriften unserer Kirche lehren, von Herzen eins wisse. Allein wir haben es doch, um jede Unbestimmtheit zu vermeiden, für notwendig gefunden, von ihm eine auf seine Stellung zum agentarischen Ordinations-Gelübde bezügliche Erklärung zu erfordern. Diese hat er uns unter dem 9. d. Mts. mit folgenden Worten gegeben:

„Ich erkläre, daß ich das agentarische Ordinations-Gelübde mit Wahrschaffigkeit und mit der Gewißheit abzuleisten vermag, daß dadurch die Einheit meines amtlichen und außeramtlichen Lebens nicht beeinträchtigt werden wird. Ich kann mich dieser Verpflichtung deshalb rückhaltslos unterziehen, weil ich die Symbole der evangelischen Kirche als „echte historische Zeugnisse des ursprünglichen in der heiligen Schrift enthaltenen Evangeliums anerkenne, welches ich zu predigen haben werde, und weil ich nicht auf die theologische Fälschung der Symbole, sondern auf die durch sie bezugte evangelische Heilswahrheit verpflichtet werde.“

Uns hat diese Erklärung befriedigt und demgemäß haben wir nicht länger Anstand genommen, die Befähigung der Vocation Ziegler's zum Diaconus an St. Peter-Paul zu verfügen.

Indem wir den Magistrat hierdurch davon benachrichtigen, remittiren wir die eingereichten Anlagen.

Evangelischer Ober-Kirchenrath. Herrmann."

Δ Schweidnitz, 25. Januar. [Promenaden.] — Von einem neuen Schulbaues. Es ist vor einiger Zeit berichtet worden, daß von Sr. Excellenz dem Herrn Oberpräsidenten von Schlesien zur Cultivirung eines noch wüsten Terrains, das mit der Promenade in engster Verbindung steht, ausnahmsweise die Verwendung von 1000 Thalern aus dem Reservefonds der Sparkasse unter der Bedingung gestattet worden ist, daß darauf gehalten werde, daß der gedachte Fonds möglichst bald den zehnten Theil der Sparkassen-Einlagen repräsentire. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten ist dem Antrage des Magistrats gemäß beschloffen worden, daß diese Summe dazu dienen soll, die Culturen der früheren Ziegelfelds in Angriff zu nehmen, welche in dem Theile des in Promenaden verwandelten ehemaligen Festungs-geländes sich befindet, welcher vor der Striegauer und Bögen-Barriere liegt. Für die Instandhaltung des übrigen Theils der Promenaden sind im laufenden Jahre über 1300 Thaler in dem Etat in Ansatz gebracht worden. — Den Bau eines neuen Gebäudes für die evangelische Volksschule ist ein unabweisbares Bedürfnis, da bereits 6 Klassen wegen Mangel an Raum in den anderen Schulhäusern haben ausgemietet werden müssen. Ist dies an und für sich schon ein Uebelstand, so wird die Nothwendigkeit des Neubaus noch dadurch dringender, daß sich in Wohnhäusern nicht immer für Schulzwecke geeignete Häuser finden noch auch die Hauswirthe immer geneigt sind, Schulklassen in ihre Häuser aufzunehmen. Bereits ist vor dem Niederhore ein Platz für Schulzwecke von dem königlichen Fiskus erworben worden; die Stadtverordneten haben aber dem Magistrat proponirt, diesen Platz erst später für den gedachten Zweck zu verwenden, zunächst aber ein neues Schulhaus für die Mädchenklassen der evangelischen Volksschule vor dem Kroschthore zu erbauen.

Wünschelburg, 25. Januar. [Verschiedenes.] Bei der gestern stattgefundenen engeren Reichstagswahl erhielten von 216 gültigen Stimmen der liberale Candidat Dr. Egmund Westy 137, der ultramontane Candidat Graf Solberg 79 Stimmen. Auch in den benachbarten Wahlbezirken Scheibau und Kachen ist die Wahl zu Gunsten der Liberalen ausgefallen. Dieser Umschlag, gegenüber der Wahl am 10. d. Mts., ist der belebenden Einwirkung reichsfreundlich und friedlich gesinnter Männer zu danken. Möge diesen reiner Thätigkeit gleicher Erfolg lohnen! — Die Fokussierung auf Verkehrs- und Erweiterung durch den Bau der Chaussee über das Heuscheuer-gebirge nach Cudowa hat sich nicht erfüllt. Den Haupttheil von der neuen Straße hat der Forstfiskus durch den besseren Absatz des Holzes aus dem Carlsberg-Parklandorfer Wäldchen. — Der hiesige Caplan Grieger ist zum Kreis-Bicar ernannt worden, wird indes hier weiter antreten, damit der Con-sult, der durch anderweitige Beförderung der Caplanei entfallen würde, vermieden wird. — In dem benachbarten großen Walfahrtsorte Abendorf ist schon seit längerer Zeit der Pfarrer gestorben, ohne daß bis jetzt etwas von der Wiederbesetzung dieser Pfarrei verlautet. Da 2 Caplane am Orte sind, scheint die Ernennung nicht dringlich und sucht man deshalb so lange wie möglich einen etwaigen Conflict mit der Staatsgewalt zu vermeiden.

K-e. Proskau, 24. Januar. [Lehrerverband.] Unter dem Eindrucke der Erfahrung, daß der Einzelne in dem Kampfe ums Dasein selten Vieles vermag, haben die Lehrer der Bezirke Proskau und Chrzymezsch sich entschlossen, einen Verein ins Leben zu rufen, und so mit vereinten Kräften das zu erreichen, was der gegenwärtigen Schule und dem Lehrerstande nöthig ist, um sich auf dem Standpunkt der Zeit zu erhalten. Zu diesem Zwecke war auf heut eine Zusammenkunft anberaumt. Die anwesenden 15 Lehrer nahmen die ihnen vorgelegten Statuten nebst Motiven provisorisch an, wählten zum Vorsitzenden den hiesigen Rector Koslowsky, Stellvertreter Lehrer Steiner in Gr.-Schmütz, zum Schriftführer den Lehrer Woessler aus Simsdorf, Stellvertreter Lehrer Knappe von hier, zum Kassirer den Lehrer Bulla aus Proskau, und beauftragten eine Commission, bestehend aus den Lehrern Woessler, Knappe, Bulla und Kramarkit mit der endgültigen Redaction der Statuten.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 26. 27.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Lufthumid bei 0°	334° 62	330° 98	327° 80
Lufthumid	+ 1° 9	+ 3° 5	+ 3° 5
Luftwärme	149	140	141
Luftdruck	63 pSt.	83 pSt.	83 pSt.
Wind	SW. 1	W. 4	W. 4
Wetter	bezogen.	trübe.	trübe.

Breslau, 27. Jan. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 32 Cm. U.-B. — M. 10 Cm. Eis stand.

Berlin, 26. Januar. Der gestrige Privatverkehr eröffnete in abwartender Haltung zu etwas niedrigeren Courten. Trotz sehr geringen Umsatzes befestigte sich die Stimmung und blieben die Course behauptet. Es wurden gehandelt: Credit 141 1/2—142, Lombarden 91 1/2—94, Staatsbahn 197 1/2 bis 197, 50, Köln-Mindener 141 1/2, Rheinische 138 1/2, Bergische 99 1/2, Laura 173, Dortmunder 82 1/2, Disconto-Commandit 169 1/2, 1860er Loose 96 1/2 bis 96 1/2, Italiener 59 1/2, Türken 41, Rumänier 39 1/2.

Mit dem gestrigen Tage scheint eine Wankung eingetreten zu sein, denn der heutige Verkehr ließ ebenfalls eine rechte feste Tendenz erkennen, auch nahm der gesammte Geschäftsgang ein lebhafteres Tempo an, ohne dabei aber nach irgend einer Richtung hin die Befürchtung zu erwecken, die regere Bewegung könne in Ueberführung ausarten. Durch das durchaus ruhige und bejohnte Vorgehen gestaltete sich die heutige Börse zu einer sehr angenehmen; die langvermischte Kaufkraft zeigte sich auf sämmtlichen Gebieten der Börsenthätigkeit neu erwacht und gab in vielen Fällen dem Geschäftsverkehr sogar einen animirten Charakter, in Folge dessen auch mehrfache Courserhöhungen eingetreten sind. Die Liquidation entwickelte sich ebenfalls in sehr glatter Weise und haben die Prolongationskurse sich eher erniedrigt. Man zahlte Depots für Oester. Creditactien 1/2 Zhr., Lombarden 1/2 Zhr., Bergische 1/2 Zhr. und Report für Franzosen 2 Sgr., Rheinische und Köln-Mindener 1/2 Zhr., Laura 1/2 Zhr.; Disconto-Commandit ging glatt auf. Die internationalen Speculationspapiere waren nur schwach belet, erzielten

aber trotzdem einige Courserhöhungen. Für Oester. Creditactien schwächte sich gegen Schluss die Haltung wieder etwas ab und konnten dieselben nicht ihre höchsten Course behaupten. Oester. Nebenbahnen zogen bei ziemlich lebhaftem Geschäft an, besonders zeigten sich Galizier, Oester. Nordwestbahn und Südbahn, besonders zeigten sich Galizier, Oester. Nordwestbahn und Südbahn eine sehr feste Speculation und gingen besonders sämmtliche Renten-titel lebhaft um, auch Oester. Staatspapiere waren zu steigenden Courten bis zum Schluss begehrt. Türken in gutem Verkehr, Amerikaner ruhiger aber fest. Von russischen Werthen zeichneten sich Wagnen durch rege Umsätze aus. Preussische Fonds sehr fest, doch ohne Abgeber. Deutsche Fonds gut beachtet, namentlich Prämienpap. beliebt. Auch Priorit. sehr fest und mit Ausnahme der Russ. auch lebhaft. Von Preussischen fanden besondere Beachtung 4 1/2 %, ferner Halle-Sorau, 5 % Bergische Litt. C und Breslau-Kr.-Rempten. Von Oesterreichischen Kaiserth.-Dorberger, Lemberger, Galizier und Ferdinand-Nordbahn. Auf dem Eisenbahnactienmarkt zeigte sich die Stimmung sehr fest; die schweren Rheinischen Bahnen wurden lebhaft gekauft. Anhalter steigend, von leichten Actien namentlich Rumänier steigend und sehr belet; ferner Galizier in Schweizer Union, Nahebahn, Oberhess., Lüttich-Limburg und West-Grazer. Vantactien hielten sich meist im Course wenig verändert, zeigten aber ebenfalls eine rechte feste Tendenz, größerer Beliebtheit erfreuten sich Centralbank für Genossenschaften, Gewerbebank, Weimung, Union, Medlenb. Hypoth., Prod.- und Handelsb., Braunschweiger Credit und Bres-lauer Bankactien, Kieler Bank in großer Nachfrage. Disconto-Comm. 170 1/2, ult. 169 1/2 bis 70 1/2, Prod.-Disc. 88 1/2. Industriepapiere zum Theil recht lebhaft. Deutsches Zuckerrhein, Neptun, Vauderein, Friedrichshain, Deutsche Baugesellschaft, Deutsche Eisenbahn-Baugesellschaft Germania, Bergbauerei steigend und beliebt, Hibernia in Posten zu höherem Course gehandelt. Dortm. Union 82 1/2, ult. 82 1/2—83 1/2—84 1/2, Gelsenkirchen 128 1/2, Laurahütte 174 1/2, ult. 173 1/2—174 1/2. (Bank u. S. 3.)

C. Wien, 25. Januar. [Wochenbericht IV.] Die Börsenbewegung der abgelaufenen Woche war eine günstige, wenn es als ein günstiges Ereignis gelten kann, daß die Course derjenigen Effecten, mit welchen sich die Börse vorzugsweise beschäftigt, höhere Preise repräsentirten; betrachtet man jedoch die Börse als das Institut, welches berufen ist, den Abzug der Werth-papiere an das Capital zu vermitteln, so kann von einer günstigen Tendenz nicht gesprochen werden; denn die Anlagewerthe zeigten mit einziger Ausnahme der Staatsloose keine größere Beliebtheit und auch die Transactionen in den Speculationswerthen vollzogen sich nur im engen Kreise der Börse-habitués. Ich verweise Sie mit meinen Ihnen bereits genügend bekannten Notamenten über dieses Thema, und will nur für diejenigen, welche es schon als einen Gewinn betrachten, wenn auch nur die spezifischen Kreise der Börse Vertrauen fassen, kurz bemerken, daß die Coursschwankungen dieser Woche weniger auf einem Erstarken des Vertrauens im Allgemeinen als auf gewisse Machinationen und Operationen einzelner Claqueurs zurückzuführen sind; so z. B. endete mit Schluss dieser Woche ein großes „Stellgeschäft“ in Actien der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft und dem Wunsche, die betreffende Personen zur Option für die Abnahme der gestellten 4000 Actien zu bestimmen, entpand die forcierte Hebung des Course über die Mitte der Stellsage. Allerdings trat im Laufe der Woche ein Ereignis ein, welches ein und für sich geeignet ist, die Speculation in Actien nothwendiger Gesellschaften zu erleichtern; das Ministerium hat sich nämlich nach verbürgten Mittheilungen dahin entschieden, Capitalreductionen mittelst Abstem-pelung der erlittenen Verluste auf den Actien zu gestatten; — dadurch werden die betreffenden Gesellschaften der Nothwendigkeit überhoben, alle Erträge ihres Geschäftsbetriebes bis zur Wiederherstellung des ursprünglichen Capitals zu thesauriren und haben sie die Möglichkeit gewonnen, wieder Dividenden zu theilen; von dieser Chance profitieren Actien der Unionbank, der Handelsbank und einiger anderer Banken, welche von Verlusten betroffen, aber nicht zum Ruin gebracht worden sind. Ich glaube in der That, daß daraufhin eine Speculation möglich wäre, wenn man nur die Gewissheit hätte, daß die noch vorhandenen Vermögensreste jener Gesellschaften aus mobilien oder mobilisirbaren Werthen beständen; ich kann aber behaupten und es erfüllt mich mit Misstrauen, daß die Speculation sich im engen Kreise der Börse vollzieht und nur in diesem. — Das große Publikum ist aus seiner Aeserbe noch durchaus nicht herausgetreten und Ereignisse, wie das Falliment der Manufactur-Firma Adolph Hirschler's Söhne und der Zabrill von Kassa und Popper in Brünn sind wohl nicht geeignet, das noch immer herrschende Misstrauen zu bannen. Ich weiß nicht positiv, inwiefern das laienmässige Gerücht im Rechte ist, wenn es auch zahlreiche andere Industrie-Firmen glo-sirt, allein ich weiß, daß gar viele stolze Firmen Wiens wie der Provinz sich genöthigt gesehen haben, Stützung in Anspruch zu nehmen und daß ihnen diese, obwohl die Vortheile davon noch keine offensiblen Thätigkeit entfallen, unter der Hand auch gewährt worden ist. Die Mittel hierzu hat der Finanz-minister aufzubringen vermocht, indem er in den letzten Wochen große Posten von Rente in Amsterdam veräußert ließ, wozu er durch das Budgetgesetz ermächtigt war. Dagegen scheint es sich zu bestätigen, daß an die Ausnahme der Reichs-rathe bewilligten große Anleihevorläufe noch nicht gedacht wird, was jedenfalls den Beweis liefert, daß die Summe der an den Finanzminister herangetretenen Forderungen keine übergroße ist. — Mehr als durch die praktischen Ergen-issen unserer finanziellen Kreise in letzter Zeit durch die Verhandlungen über legislative Reformen in Anspruch genommen. Die Revision des Aichengesetzes und des Währungsgesetzes stehen auf der Tagesordnung und werden nach dem was darüber verhandelt werdenfalls greifbare und willkommene Resultate liefern, über deren Detail ich Ihnen bald berichten zu können hoffe. Nicht das Gleiche gilt von den mit dem Geheimniß eines Nehmgerichtes umgebenen Verhandlungen der sogenannten Consultativ-Commission, mit welcher sich der Finanzminister in Angelegenheiten der schwebenden Fusions- und Liquidations-Verhandlungen umgeben hat. Die Erwartungen, welche man auf diesem Gebiete hegte, sind längst auf ein Minimum gesunken und dieß mit Recht, da die bezüglichen Tendenzen des Finanzministers bekannt sind und in der von ihm gewählten Commission die nergelnde und apathische Haltung desselben und der von ihm hochgehaltenen Gruppe der Creditantali notorisch domirt. — Die Nachricht, daß man damit umgehe, im neuen Aichengesetze die Ausgabe von Kassenscheinen auf den doppelten Betrag des Actien-Capitals der betreffenden Gesellschaften zu beschränken, halte ich nach den mir gewordenen Informationen für richtig und constata-re ich den üblen Eindruck, welchen sie gemacht hat, am besten durch die Thatsache, daß sie das brillante Ertragsvermögen der Gesellschafter in ihrer Wirkung auf den Course vollkommen paralysirt. Ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Ausgabe von Kassenscheinen auf eine gewisse Art des Geschäftsbetriebes, z. B. an die ausschließliche Betreibung des Gescompte zu binden, dann aber die Höhe der Emission als eine Creditfrage zu betrachten und in dieser Richtung jede imperative Beschränkung zu vermeiden, das zu erörtern, wird sich noch Gelegenheit finden. Ich verweise diese akademische Erörterung, um Ihnen in aller Kürze noch eine momentan praktisch interes-sante Mittheilung zu machen; es renirt bei jetzigen Courten, Silber nach London zu senden und es dort zu überseerischer Verwertung in Waren um-schmelzen zu lassen; thatsächlich werden bei uns täglich große Summen Silbers für englische Rechnung aus dem Markte genommen.

□ [Salings Börsenblatt] ist gestern wieder erschienen. An der Spitze des Blattes zeigt die Expedition an, daß plötzlich entstandene bedauerliche Differenzen das Erscheinen der Sonnabend-Nummer verhindert haben, jedoch zu hoffen sei, daß derartige Unregelmäßigkeiten dauernd beseitigt seien.

Abth. 26. Januar. [Waldthausen.] In der heutigen Versammlung der von den Gläubigern des Hauses G. A. Waldthausen in Offen gewählten Commission zur Herbeiführung einer außergerichtlichen Liquidation wurde die Zustimmung sämmtlicher Gläubiger zu dem proponirten Arrangement constatirt und zwei Liquidatoren ernannt.

Hannover, 26. Januar. [Der Georg-Marien-Bergwerk- und Hütten-Verein] hat, dem Vornahme nach, heute mit der obdenburgischen Spar- und Leihbank in Odenburg und dem Banthaus Adolph Meyer in Hannover eine Spec. in 37 Jahren auszahlsbare Prioritätsanleihe über 1,800,000 Reichsmark abgeschlossen.

Hamburg, 26. Januar. [Der Verwaltungsrath der Norddeutschen Bank] hat in seiner heutigen Sitzung die Dividende für 1873 mit 81 Reichsmark (10% pSt.) für die Actien der ersten Emission und mit 27 Reichsmark (für 4 Monate) für die Actien der zweiten Emission festgesetzt.

Berlin, 26. Januar. [Productenbericht.] Roggen loco schleppender Handel zu wenig veränderten Preisen. Termine waren anfanglich ziemlich fester, gaben aber gegen Schluss des Marktes wieder nach. — Weizen erfreute sich etwas besserer Nachfrage und wurde zu anziehenden Preisen umgesetzt. — Hafer loco wurde reichlich angeboten und ließ sich schwierig placiren. Termine gut beauptet. — Rüböl blieb vernachlässigt und gab etwas im Werthe nach. — Spiritus verkehrte in fester Haltung und stellte sich neuerdings etwas höher.

Weizen loco 73—92 Zhr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Zhr. bez., feiner weicherer roth. — Zhr. ab Bahn bez., pr. December-Januar 86 1/2—88 1/2 Zhr. bez., Januar-Februar 86 1/2—88 1/2 Zhr. bez., pr. Februar-März — Zhr. bez., pr. April-Mai 87 1/2—88 1/2 Zhr. bez.,

Berliner Börse vom 26. Januar 1874.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for Amsterdam, London, and various exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Table with 2 columns: Item/Location and Price/Value. Includes entries for various locations and exchange rates.

Armeen an. Dupanloup hob bei der Debatte hervor, daß Frankreich die einzige Nation Europas ohne einen geistlichen Dienst in der Armee sei.

Petersburg, 26. Januar. Der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen wird morgen eine Deputation der hiesigen deutschen Colonie empfangen, um die von letzterer befohlene Adresse entgegen zu nehmen.

Petersburg, 26. Januar. Das hohe neuerwählte Paar wird am Dienstag die Glückwünsche des diplomatischen Corps und am Mittwoch die Beglückwünschung der hohen Beamten des Hofes und der Armee entgegennehmen.

Kragujewacz, 26. Januar. Von der Skupstina ist heute die Errichtung einer selbständigen diplomatischen Agentur am Wiener Hofe genehmigt worden und steht die Ernennung eines Agenten unmittelbar bevor.

Kragujewacz, 25. Januar. Die Skupstina hat das Budget für 1874, welches mit einer Einnahme von 34,345,000 Pfaster und einer Ausgabe von 36,180,671 Pfaster abschließt, angenommen.

Kalkutta, 26. Januar. Nach langer Trockenheit und Dürre ist gestern endlich in den Distrikten der Präsidentschaft Bengalen Regenwetter eingetreten.

Telegraphische Course und Börsennotizen.

Frankfurt a. M., 26. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 117 1/2. Pariser do. 93 1/2. Wiener do. 103 1/2. ...

Frankfurt a. M., 26. Januar, Abends. [Effekten- & Societät.] Creditactien 249 1/2. Franzosen 347 1/2. Lombarden 166. Galizier ...

Hamburg, 26. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 105. Silberrente 65 1/2. ...

Hamburg, 26. Januar. [Weizenbörse.] 8 Uhr 30 Min. Desterr. Silberrente 66. Amerikaner 94. Italiener 59 1/2. ...

Liverpool, 26. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmacherei Umsatz 10,000 B. Sehr matt. Tagesimport 12,000 B. ...

Liverpool, 26. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 B. davon für Speculation und Export 2000 Ballen. ...

Amsterdam, 26. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen geschäftlos, pr. März 388, pr. Mai 387, pr. November 360. ...

Antwerpen, 26. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, dänischer 37 1/2. Roggen behauptet. ...

Bremen, 26. Januar. Petroleum matt, Standard white loco 13 Mt. 25 P. [Eine Sensations-Nachricht] kommt aus München. ...

Gin Commis, in der Eisenbranche. [Schloßenerstr. 12 ist die Hälfte der routinirt, sucht Stellung pro April. ...

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (Ed. Friedrich) in Breslau.